

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/2054

Der Chef der Staatskanzlei  
des Landes Schleswig-Holstein  
Der Bevollmächtigte des Landes  
Schleswig-Holstein beim Bund



Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Vorsitzenden des Europaausschusses  
Herrn Peter Lehnert, MdL  
Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Postfach 7121  
24171 Kiel

November 2014

Sehr geehrter Herr Lehnert,

Ihrem Wunsch entsprechend übermittle ich Ihnen in der Anlage einige Hinweise zu wichtigen und / oder für das Land Schleswig-Holstein besonders relevanten Tagesordnungspunkten der 917. Bundesratssitzung am 29. November 2013 auf der Grundlage der vorläufigen Tagesordnung, die ich Ihnen ebenfalls beigefügt habe.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Studt

Anlagen



## Entwurf

# Tagesordnung

der

**917. Sitzung des Bundesrates**

**am Freitag, dem 29. November 2013, 9.30 Uhr**

1. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG  
Antrag des Landes Baden-Württemberg  
Drucksache 266/13  
Ausschussbeteiligung

- G - In - R -

2. a) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG  
Antrag der Freien und Hansestadt  
Hamburg  
Drucksache 671/13  
Ausschussbeteiligung

- Vk - Fz - In -  
- U - Wi -

- b) Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG  
Antrag der Freien und Hansestadt  
Hamburg  
Drucksache 672/13  
Ausschussbeteiligung

- V<sub>k</sub> - I<sub>n</sub> - U -  
- W<sub>i</sub> -

- c) Entschließung des Bundesrates zur Schaffung von begrenzten und befristeten Privilegien für Fahrzeuge mit besonders geringem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)- und Schadstoffausstoß im öffentlichen Straßenraum und zur Kennzeichnung von Fahrzeugen mit besonders geringem CO<sub>2</sub>- und Schadstoffausstoß und Euro 6/VI-Fahrzeugen mittels Plaketten durch gesetzliche Maßnahmen

Antrag des Landes Baden-Württemberg  
Drucksache 710/13  
Ausschussbeteiligung

- U - F<sub>z</sub> - I<sub>n</sub> -  
- V<sub>k</sub> - W<sub>i</sub> -

3. Entschließung des Bundesrates "Personalstellung und Abordnung - Herausnahme der öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaften aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung"

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz,  
Nordrhein-Westfalen, Schleswig-  
Holstein und Baden-Württemberg,  
Brandenburg  
Drucksache 745/13  
Ausschussbeteiligung

- A<sub>S</sub> - F<sub>z</sub> - I<sub>n</sub> -

4. Entschließung des Bundesrates zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)

Antrag der Länder Schleswig-Holstein  
und Niedersachsen  
Drucksache 742/13  
Ausschussbeteiligung

- Fz - In - V -  
- Wi -

5. Bericht der Kommission: Jahresbericht 2012 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 608/13  
Ausschussbeteiligung

- EU -

6. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 413/13  
zu Drucksache 413/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - U -

7. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation und zur Verwirklichung des vernetzten Kontinents und zur Änderung der Richtlinien 2002/20/EG, 2002/21/EG und 2002/22/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 1211/2009 und (EU) Nr. 531/2012

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 689/13  
zu Drucksache 689/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - In -  
- K - Wi -

8. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 699/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - AV - U -

9. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT): Ergebnisse und Ausblick

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 718/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - U -

10. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Stärkung der Grundpfeiler der intelligenten Rechtsetzung durch eine bessere Evaluierung

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 719/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - In -

11. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 717/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - AS - G -  
- K - Wi -

12. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Langfristige Vision für die Infrastruktur in Europa und darüber hinaus

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 730/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - In -  
- K - U - Wi -

13. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV  
und §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 735/13  
zu Drucksache 735/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - Wi -

14. Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament: Schusswaffen und die innere Sicherheit der EU: Schutz der Bürger und Unterbindung des illegalen Handels

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 732/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - In - R -  
- Wi -

15. Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung der Entscheidung 2007/198/Euratom des Rates über die Errichtung des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie sowie die Gewährung von Vergünstigungen dafür

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 674/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - K -  
- U - Wi -

16. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:  
Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 721/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - AS - Fz -  
- Wi -

17. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft zur Umsetzung bis 2020 eines internationalen Übereinkommens über die Anwendung eines einheitlichen globalen marktbasierten Mechanismus auf Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV  
und §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 733/13  
zu Drucksache 733/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - U -  
- Vk - Wi -

18. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 hinsichtlich der Festlegung der Modalitäten für das Erreichen des Ziels für 2020 zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen neuer Personenkraftwagen

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG  
Drucksache 396/12<sup>1</sup>  
zu Drucksache 396/12  
Drucksache 336/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - U -  
- Vk - Wi -

---

<sup>1</sup> Wiederaufnahme der Beratungen in EU und U.

19. Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2014 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2014)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG  
Drucksache 727/13  
Ausschussbeteiligung

- AS - Fz - G -

20. Verordnung zur Ablösung der Versuchstiermeldeverordnung und zur Änderung tierschutzrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG  
Drucksache 731/13  
Ausschussbeteiligung

- AV - Fz - In -  
- K -

21. Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter (NotSan-APrV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG  
Drucksache 728/13  
Ausschussbeteiligung

- G - In - K -

22. Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift

gemäß Artikel 91e Absatz 2 und 3 GG  
i.V.m. § 48 Absatz 3 SGB II  
Drucksache 729/13  
Ausschussbeteiligung

- AS - Fz - In -

23. Zweite Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (2. NamÄndVwV)

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG  
Drucksache 696/13  
Ausschussbeteiligung

- In - FS -

24. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Ausschuss der Kommission für die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen; Themenschwerpunkt: fachliche Anerkennung von Hochschulberufen)

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.  
Abschnitt I der Bund-Länder-  
Vereinbarung  
Drucksache 178/13  
Ausschussbeteiligung

- EU - K -

25. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates der Filmförderungsanstalt

gemäß § 6 Absatz 1 und 2 FFG  
Drucksache 726/13  
zu Drucksache 726/13  
Ausschussbeteiligung

- K - Wi -

26. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"

gemäß § 7 Absatz 3 des Gesetzes zur  
Errichtung einer Stiftung "Haus der  
Geschichte der Bundesrepublik  
Deutschland"  
Drucksache 747/13  
Ausschussbeteiligung

- K -

27. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Eisenbahninfrastrukturbeirat

gemäß § 4 Absatz 4 BEVVG  
Drucksache 738/13  
Ausschussbeteiligung

- V<sub>k</sub> -

28. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 BEGTPG  
Drucksache 739/13  
Ausschussbeteiligung

- W<sub>i</sub> -

29. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 744/13  
Ausschussbeteiligung

- R -

**vorl. TOP: 1**

**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung**

**Initiative: BW**

**Drs. 266/13**

**Inhalt**

Dieser Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg zielt auf Änderungen im Straf- und Arzneimittelgesetz um Defizite bei der Dopingbekämpfung zu beseitigen. Die Erfahrungen mit den bisherigen Regelungen im Arzneimittelgesetz von 1998 die eine strafbewehrte Verbotsnorm in Bezug auf Dopingmittel enthält, hätten gezeigt, dass dopende Spitzensportler durch die strafrechtliche Dopingbekämpfung bisher nahezu unbehelligt blieben. Daher wird unter anderem neben Ergänzungen der Verbotsnorm um die Handlungsalternative des Handeltreibens mit bestimmten Wirkstoffen und des Erwerbs bestimmter Mittel, auch eine Anhebung der Strafobergrenze und die Schaffung einer Kronzeugenregelung vorgeschlagen.

**vorl. TOP: 2 a**

**Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes**

**Initiative: HH**

**Drs. 671/13**

**Inhalt**

Der Gesetzentwurf Hamburgs schlägt eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zu Gunsten von Elektrofahrzeugen vor. So sollen Beschränkungen des Haltens und Parkens für Fahrzeuge mit von außen aufladbaren Elektromotoren an Ladestationen nicht gelten und die Möglichkeit eingeräumt werden diese Fahrzeuge von Parkgebühren zu befreien.

**vorl. TOP: 2 b**

**Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und der Straßenverkehrs-Ordnung**

**Initiative: HH**

**Drs. 672/13**

**Inhalt**

Der Verordnungsentwurf sieht zur praktischen Umsetzung eine Kennzeichnung der Fahrzeuge, und dazu eine Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung sowie der Straßenverkehrsordnung vor.

**vorl. TOP: 2 c**

**Entschließung des Bundesrates zur Schaffung von begrenzten und befristeten Privilegien für Fahrzeuge mit besonders geringem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)- und Schadstoffausstoß im öffentlichen Straßenraum und zur Kennzeichnung von Fahrzeugen mit besonders geringem CO<sub>2</sub>- und Schadstoffausstoß und Euro 6/VI-Fahrzeugen mittels Plaketten durch gesetzliche Maßnahmen**

**Initiative: BW**

**Drs. 710/13**

**Inhalt**

In der Entschließung wird die Bundesregierung gebeten, eine begrenzte und befristete Privilegierung von Fahrzeugen mit besonders geringem CO<sub>2</sub>- und Schadstoffausstoß zu schaffen.

Dies soll über die Einführung eines Verkehrszeichens zur Ausweisung von Parkplätzen für das Laden von Elektrofahrzeugen auf öffentlichen Flächen erreicht werden. Vorgeschlagen wird auch eine Ermächtigungsgrundlage, die es Ländern und Kommunen erlaubt, derartige Fahrzeuge von Parkgebühren zu befreien.

**vorl. TOP: 3**

**Entschließung des Bundesrates "Personalgestaltung und Abordnung  
Herausnahme der öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaften aus dem  
Anwendungsbereich des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüber-  
lassung"**

**Initiative: RP, NW, SH, BW, BB**

**Drs. 745/13**

**Inhalt**

Mit dieser Entschließung, der Schleswig-Holstein als Mit Antragsteller beigetreten ist, wird die Bundesregierung u.a. aufgefordert unverzüglich zu regeln, dass öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften im Hinblick auf Personalgestellungen und Abordnungen nicht in den Anwendungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes fallen oder hilfsweise für die vorgenannten Rechtsträger ein vereinfachtes und kostenfreies Verfahren für die Erteilung einer unmittelbar unbefristeten Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis einzuführen.

Hintergrund ist eine Gesetzesänderung von 2011, die zu einer unklaren Rechtslage geführt hat, die in der Praxis besonders auf kommunaler Ebene zu erheblichen fiskalischen und bürokratischen Mehrbelastungen geführt hat.

**vorl. TOP: 4**

**EntschlieÙung des Bundesrates zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA)**

**Initiative: SH, NI**

**Drs. 742/13**

**Inhalt**

Mit der EntschlieÙung Schleswig-Holsteins, der Niedersachsen beigetreten ist, wird die Bundesregierung aufgefordert, den Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmAG) vorzulegen. Darin soll geregelt werden, dass im Falle einer VeräuÙerung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch strukturpolitische Ziele der Bundesländer und der betroffenen Kommunen gleichrangig zu berücksichtigen sind.

Schleswig-Holstein will auf diesem Wege die Kommunen in der Verwertung von Konversionsliegenschaften unterstützen. Die EntschlieÙung knüpft an den bereits am 15. Juni 2012 eingebrachten Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an, der der Diskontinuität unterfallen ist.